



**HESSEN**



# **Bericht aus Brüssel**

**18/2024 vom 04.10.2024**

**Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union  
21, Rue Montoyer, B- 1000 Brüssel  
Tel.: 0032.2.739.59.00 Fax: 0032.2.732.48.13  
E-mail: [hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de](mailto:hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de)**

## Inhaltsverzeichnis

Institutionelles.....	3
Außen- und Verteidigungspolitik.....	3
Ausschuss der Regionen.....	5
Wirtschaft.....	5
Verkehr.....	7
Energie.....	7
Digital.....	8
Forschung.....	8
Finanzdienstleistungen.....	9
Finanzen.....	10
Soziales.....	11
Gesundheit und Verbraucherschutz .....	11
Umwelt.....	12
Landwirtschaft .....	13
Justiz.....	14
Inneres.....	16
Information, Kommunikation und Medien .....	18
Veranstaltungen.....	19
Vorschau.....	21

## Institutionelles

### **Rat; Kommission; Kandidatenliste Kommissare**

Der Rat hat am 19.09.2024 die Liste der Personen angenommen, die zur Ernennung als Mitglieder der Kommission für die Zeit bis zum 31.10.2029 vorgeschlagen werden. Kommissionspräsidentin von der Leyen hatte zuvor am 17.09.2024 die designierten Kommissare, die Portfolios und die Struktur der neuen Kommission auf der Konferenz der Fraktionsvorsitzenden des EP in Straßburg vorgestellt. Die Präsidentin der Kommission, die Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik und die übrigen Mitglieder der Kommission müssen sich nach den Anhörungen im EP als Kollegium im Gesamten einem Zustimmungsvotum des EP stellen. Der Europäische Rat ernennt dann alle Kommissionsmitglieder formell mit qualifizierter Mehrheit in ihr jeweiliges Amt.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/09/19/council-adopts-the-list-of-candidates-proposed-for-appointment-as-members-of-the-commission/>  
[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_24\\_4723](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_24_4723)

## Außen- und Verteidigungspolitik

### **Kommission; Ankündigung von Darlehen für die Ukraine**

Die Kommission kündigte am 20.09.2024 ein Darlehen von bis zu 35 Mrd. EUR für die Ukraine an. Das Darlehen soll der Ukraine zur Verfügung gestellt werden, um weiter gegen den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine standzuhalten und für makroökonomische Stabilität zu sorgen. Zur Finanzierung des Darlehens sollen die Einnahmen aus eingefrorenen russischen Vermögenswerten verwendet werden. Seit Februar 2022 werden im Rahmen von Sanktionen gegen Russland Vermögenswerte der russischen Zentralbank eingefroren. Für eine Umsetzung des Darlehens ist die Zustimmung des EP und eine qualifizierte Mehrheit der Mitgliedstaaten im Rat nötig.

[https://germany.representation.ec.europa.eu/news/ursula-von-der-leyen-kyjiw-bis-zu-35-Mrd.-EUR-als-darlehen-fur-die-ukraine-2024-09-20\\_de](https://germany.representation.ec.europa.eu/news/ursula-von-der-leyen-kyjiw-bis-zu-35-Mrd.-EUR-als-darlehen-fur-die-ukraine-2024-09-20_de)

### **Rat; Hilfsmaßnahme der EU zur Unterstützung der Armee der Republik Nordmazedonien**

Der Rat hat am 25.09.2024 eine Unterstützungsmaßnahme im Rahmen der Europäischen Friedensfazilität (EFF) in Höhe von 13 Mio. EUR zur Stärkung der Fähigkeiten und Kapazitäten der Streitkräfte der Republik Nordmazedonien angenommen. Mit der Unterstützungsmaßnahme sollen die Kapazitäten Nordmazedoniens im Hinblick auf seine Beteiligung an Operationen und Missionen im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU (GSVP) sowie an anderen internationalen Missionen gestärkt werden. Der Beschluss soll ein weiteres Zeichen für die zunehmende Assoziierung mit Nordmazedonien in den Bereichen Sicherheit und Verteidigung der EU sein. Im Rahmen der EFF wird Ausrüstung, die nicht dazu bestimmt ist, tödliche Gewalt anzuwenden, sowie damit zusammenhängende Ausstattung und Dienstleistungen bereitgestellt, einschließlich der erforderlichen technischen Ausbildung.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/09/25/european-peace-facility-council-adopts-the-second-eu-assistance-measure-in-support-of-the-army-of-the-republic-of-north-macedonia/>

### **EuGH; Rechtmäßigkeit der Mandatsverweigerung für katalanischen Politiker**

Mit Urteil vom 26.09.2024 hat der EuGH in der Rechtssache C-600/22 P entschieden, dass die anfängliche Verweigerung des Mandats für Carles Puigdemont im EP rechtens war. Hintergrund war das spanische Wahlrecht, welches einen Eid auf die spanische Verfassung vorschreibt. Der sich im Exil befindende katalanische Politiker konnte seinen Sitz 2019 nicht antreten, da er den erforderlichen Eid nicht in ESP hatte ablegen können, ohne eine Festnahme zu riskieren. Der EuGH bestätigte nun, dass die Überprüfung der Abgeordnetenliste in die Zuständigkeit der spanischen Gerichte falle. Der damalige Präsident des EP Antonio Tajani (ITA/EVP) habe korrekt gehandelt, als er Puigdemont die Akkreditierung verweigerte.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=290410&pageIndex=0&doclang=en&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=3489481>

### **Kommission; Forderung nach Waffenstillstand an israelisch-libanesischer Grenze**

Die EU forderte am 26.09.2024 zusammen mit weiteren Staaten einen sofortigen Waffenstillstand an der libanesisch-israelischen Grenze. In einer gemeinsamen Erklärung äußerte man, dass die Lage zwischen Libanon und Israel seit dem 08.10.2023 nicht hinnehmbar sei. Sie berge die Gefahr einer breiteren regionalen Eskalation. Dies läge weder im Interesse des israelischen noch des libanesischen Volkes. Die Unterzeichner der Erklärung betonten die Notwendigkeit einer diplomatischen Lösung, damit Zivilisten auf beiden Seiten der Grenze sicher in ihre Heimat zurückkehren könnten.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/statement\\_24\\_4881](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/statement_24_4881)

### **Kommission; Soforthilfe für den Libanon**

Die Kommission kündigte am 30.09.2024 zusätzliche humanitäre Hilfe in Höhe von 10 Mio. EUR für den Libanon an. Das Geld solle den Menschen in dem Land helfen, die von der anhaltenden Eskalation zwischen der Terrororganisation Hisbollah und Israel betroffen seien. Mit dieser Soforthilfe sollen die dringendsten Bedürfnisse wie Schutz, Nahrungsmittelhilfe, Unterkünfte und Gesundheitsversorgung gedeckt werden.

[https://germany.representation.ec.europa.eu/news/libanon-eu-stellt-10-millionen-EUR-soforthilfe-bereit-sondertreffen-der-eu-aussenminister-2024-09-30\\_de](https://germany.representation.ec.europa.eu/news/libanon-eu-stellt-10-millionen-EUR-soforthilfe-bereit-sondertreffen-der-eu-aussenminister-2024-09-30_de)

### **Kommission; Verurteilung Angriff Iran auf Israel**

Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und der Hohe Vertreter der EU für Sicherheits- und Außenpolitik Josep Borrell haben den iranischen Angriff auf Ziele in Israel am 02.10.2024 verurteilt. Von der Leyen forderte in ihrer Erklärung alle Parteien auf, das Leben unschuldiger Zivilistinnen und Zivilisten zu schützen. Die EU rufe weiterhin zu einer Waffenruhe an der Grenze zum Libanon und in Gaza sowie zur Freilassung aller Geiseln auf, die seit fast einem Jahr gefangen gehalten werden. Borrell sagte in seiner Erklärung im Namen der EU, der Angriff Irans stelle eine ernsthafte Bedrohung der regionalen Sicherheit dar. Die EU bekräftige ihr Eintreten für die Sicherheit Israels.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/statement\\_24\\_5002](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/statement_24_5002)

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/10/01/iran-statement-by-the-hreu-on-the-iranian-attack-against-israel/>

## Ausschuss der Regionen

### **AdR; CIVEX-Fachkommissionssitzung**

Am 24.09.2024 fand eine Sitzung der AdR-Fachkommission CIVEX für Unionsbürgerschaft, Regieren, Institutionelle Fragen und Außenbeziehungen statt. Dabei fand eine Abstimmung zu folgender Stellungnahme statt: „Umsetzung der EU-Strategie mit Afrika durch die Regionen und Gemeinden“.

<https://mempportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2206395&meetingSessionId=2259004>

### **AdR; ENVE-Fachkommissionssitzung**

Am 26.09.2024 fand eine Sitzung der AdR-Fachkommission ENVE für Umwelt, Klimawandel und Energie statt. Dabei fand eine Abstimmung zu folgender Stellungnahme statt: „die Zukunft der EU-Klimapolitik: Abstimmung der Klimaschutzziele auf die Herausforderungen der Anpassung an den Klimawandel“.

<https://mempportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2203345&meetingSessionId=2255183>

### **AdR; SEDEC-Fachkommissionssitzung**

Am 01.10.2024 fand eine Sitzung der AdR-Fachkommission SEDEC für Sozialpolitik, Bildung, Beschäftigung, Forschung und Kultur statt. Dabei fand eine Abstimmung zu folgender Stellungnahme statt: „Beseitigung territorialer Ungleichheiten durch Verbesserung des Zugangs zu Sozialdienstleistungen“.

<https://mempportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2206603&meetingSessionId=2259217>

### **AdR; NAT-Fachkommissionssitzung**

Am 03.10.2024 fand eine Sitzung der AdR-Fachkommission NAT für Natürliche Ressourcen statt. Dabei fand eine Abstimmung zu folgenden Stellungnahmen statt: „Faire Arbeitsbedingungen in der Landwirtschaft: die lokale und regionale Perspektive“ sowie „eine umfassende Strategie für mehr regionale Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Landwirtschaft unter Berücksichtigung der Aspekte fairer Handel und Pflanzenschutz.“

<https://mempportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2211462&meetingSessionId=2265156>

## Wirtschaft

### **Kommission; EIB fördert Deutsche Glasfaser (DG)**

Am 20.09.2024 veröffentlichte die Kommission, dass die Europäische Investitionsbank (EIB) dem DEU Breitbandanbieter Deutsche Glasfaser (DG) einen Kredit in Höhe von 350 Mio. EUR für den Ausbau seines Netzes in DEU gewährt. Damit erhalten rund 460.000 Haushalte und Unternehmen in ländlichen Gebieten ohne leistungsstarke Breitbanddienste die Option zu schnellem Internet. Die neuen Anschlüsse ermöglichen Geschwindigkeiten von bis zu 10 Gigabit pro Sekunde. Glasfaserleitungen bieten deutlich größere Bandbreiten als traditionelle kupferbasierte Dienste wie DSL, VDSL oder Kabel. Bei dem Projekt wird ein Teil des Risikos vom InvestEU-Programm der EU getragen.

[EIB loan boosts high-speed internet in Germany \(europa.eu\)](#)

## **Kommission; Einleitung eines Vertragsverletzungsverfahrens im Bereich der erneuerbaren Energien**

Die Kommission beschloss am 26.09.2024, ein Vertragsverletzungsverfahren gegen 26 Mitgliedstaaten einzuleiten, darunter auch DEU. Diese hätten die Bestimmungen der überarbeiteten Erneuerbare-Energien-Richtlinie zur Vereinfachung und Beschleunigung der Genehmigungsverfahren nicht vollständig in nationales Recht umgesetzt. Die überarbeitete Richtlinie trat im November 2023 in Kraft und einige Bestimmungen mussten bis zum 01.07.2024 in nationales Recht umgesetzt werden. Zu diesen Bestimmungen gehören Maßnahmen zur Vereinfachung und Beschleunigung der Genehmigungsverfahren sowohl für Erneuerbare-Energien-Projekte als auch für die notwendigen Infrastrukturprojekte zur Integration der zusätzlichen erneuerbaren Energien in das Stromsystem.

[Commission takes action to ensure complete and timely \(europa.eu\)](https://europa.eu)

## **Rat; Rat nimmt Binnenmarkt-Notfall- und Resilienzgesetz an**

Der Rat hat am 26.09.2024 seine endgültige Zustimmung für eine Verordnung zur Schaffung eines Rahmens von Maßnahmen für Binnenmarkt-Notfälle und -Resilienz gegeben. Die Verordnung dient der Antizipation künftiger Notfälle sowie der Vorbereitung und Reaktion darauf. Dies geschieht durch die Beobachtung potenzieller aufkommender Krisen. Falls und wenn Krisen eintreten wird ein „Wachsamkeits-“ bzw. „Notfallmodus“ aktiviert. Außerdem hat der Rat ein Maßnahmenpaket angenommen, mit dem bestehende Rechtsvorschriften geändert werden, um besser auf Krisen reagieren zu können. Es wird zudem eine „Beratungsgruppe“ gebildet, deren Mitglieder von der Kommission und von den Mitgliedstaaten ausgewählt werden. Sie beurteilt bestimmte Situationen und empfiehlt Reaktionen, wenn der Wachsamkeits- oder der Notfallmodus aktiviert wird. Für Notfälle sind als letztes Mittel Maßnahmen vorgesehen, wie etwa gezielte Auskunftersuchen an Wirtschaftsteilnehmer, vorrangige Anforderungen krisenrelevanter Produkte, ein beschleunigtes Verfahren zur Markteinführung bestimmter Produkte und Ausnahmen von produktspezifischen Vorschriften.

[Krisenvorsorge: Rat nimmt Binnenmarkt-Notfall- und Resilienzgesetz an - Consilium \(europa.eu\)](https://europa.eu)

## **„Für eine verstärkte Kohäsions- und Wachstumspolitik nach 2027 mit den Regionen im Mittelpunkt“**

Am 02.10.2024 haben sich Vertreter von zahlreichen Regionen aus mehr als 10 Mitgliedstaaten zu einer Konferenz unter dem Titel „Für eine verstärkte Kohäsions- und Wachstumspolitik nach 2027 mit den Regionen im Mittelpunkt“ im EP getroffen, um mit den MdEP über die Kohäsionspolitik der kommenden Jahre zu diskutieren. Dieses Treffen beruht in erster Linie auf einer Initiative der Nouvelle-Aquitaine, deren Präsident Alain Rousset auch einer der Hauptredner war. Hintergrund der Veranstaltung sind Forderungen von über 130 Regionen, unter anderem auch Hessen und seiner Partnerregionen Nouvelle-Aquitaine, Emilia-Romagna und Wielkopolska, die diese der Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen in einem gemeinsamen Schreiben im Juni dieses Jahres bereits mitgeteilt hatten. Dabei verlangen die Regionen eine Kohäsionspolitik, die einen territorialen Ansatz verfolgt und das Subsidiaritätsprinzip respektiert, einen verstärkten Dialog mit der Kommission und vor allem auch ein angemessenes Budget. Es sei vorrangig, einen Haushalt zu gewährleisten, der dem langfristigen Investitionsansatz der Kohäsionspolitik entspreche und die verschiedenen Herausforderungen in allen Regionen der EU angehe. Geleitet wurde das Treffen vom Vizepräsidenten des EP, MdEP Younous Omarjee. Teilgenommen hat aber auch die Vizepräsidentin MdEP Antonella Sberna. An der Konferenz nahmen rund 20 Regionalpräsidenten und -räte teil, die mit rund 30

MdEP über die Zukunft der Kohäsionspolitik diskutierten. In der Diskussion war man sich einig, dass auch künftig eine als Investitionspolitik ausgelegte Kohäsionspolitik für alle Regionen benötigt wird.

## V e r k e h r

### **Rat; Rat nimmt Standpunkt zum einheitlichen europäischen Luftraums an**

Der Rat hat am 26.09.2024 seinen Standpunkt zur Reform des einheitlichen europäischen Luftraums festgelegt. Ziel der Reform ist es, die Leistung, die Organisation und das Management der Lufträume in der EU und die Erbringung von Flugsicherungsdiensten zu verbessern. So sollen Kapazitäten erhöht, Kosten gesenkt und die Anpassungsfähigkeit des Systems gestärkt und gleichzeitig die Auswirkungen des Luftverkehrs auf Umwelt und Klima verringert werden.

[Single sky reform: Council adopts first reading position to improve efficiency of air space management in the EU - Consilium \(europa.eu\)](#)

## E n e r g i e

### **EuGH; Kostenteilungsregeln für grenzüberschreitende Eingriffe in die Stromnetze Kerneuropas europarechtswidrig**

Der EuGH hat am 25.09.2024 geurteilt, dass die Kostenteilungsregeln für grenzüberschreitende Eingriffe in die Stromnetze nicht mit EU-Recht vereinbar sind. Diese waren von der EU-Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden (ACER) im Jahr 2020 aufgestellt worden. Der EuGH entschied, dass die Agentur zu Unrecht ein Toleranzniveau für Ringflüsse festgelegt hatte, um zu bestimmen, welcher Übertragungsnetzbetreiber welche Kosten übernehmen muss. Geklagt hatten unter anderem die Bundesnetzagentur, die französische Regulierungsbehörde CRE sowie die Netzbetreiber Tennet, Transnet BW und RTE. ACER hätte laut EuGH für jede Gebotszonengrenze das Toleranzniveau analysieren müssen, anstatt einen einheitlichen Wert festzulegen. Zudem habe ACER nicht berechnet, welche Flüsse auch ohne strukturelle Engpässe zu erwarten wären.

<https://curia.europa.eu/juris/documents.jsf?num=T-446/21>

### **EuGH; ACER Entscheidung zur regionalen Koordination rechtmäßig**

Der EuGH hat am 25.09.2024 geurteilt, dass die Entscheidung der EU-Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden (ACER) zur Festlegung der Methode zur regionalen Koordination der Betriebssicherheit in der Region Kerneuropa (CORE) mit EU-Recht vereinbar ist. Mit ihrer Entscheidung legte ACER eine solche Methode fest, nachdem die regionalen Regulierungsbehörden der CORE-Region ACER ersucht hatten, über den Vorschlag der Stromübertragungsnetzbetreiber zu entscheiden. Gegen diese hatte der polnische, staatseigene Stromübertragungsnetzbetreiber Polskie sieci elektroenergetyczne Beschwerde eingelegt. Dieser hatte insbesondere die Befugnis der ACER, von dem ursprünglichen Vorschlag der Übertragungsnetzbetreiber abzuweichen, beanstandet. Ferner war das Unternehmen der Ansicht, dass bestimmte Elemente der angefochtenen Entscheidung die Befugnisse der Übertragungsnetzbetreiber verletzen.

[CURIA - Dokumente \(europa.eu\)](#)

### **Kommission; Eurobarometer: Unterstützung für europäische Energiepolitik**

Aus einer am 24.09.2024 veröffentlichten Umfrage geht hervor, dass die EU-Bürgerinnen und -Bürger die in den vergangenen fünf Jahren von der EU verfolgte Energiepolitik unterstützen. Mit Blick in die Zukunft und im Zusammenhang mit der Förderung der Energiewende und der Sicherstellung der Energieunabhängigkeit unterstützen die Europäerinnen und Europäer nachdrücklich eine stärkere EU-weite Koordinierung und weitere Anstrengungen auf EU- und nationaler Ebene, um die Energiepreise erschwinglicher zu machen. 79 % der Befragten stimmen damit überein, dass die europäischen Klimaziele zur Schaffung neuer Arbeitsplätze und zu Anreizen für Investitionen in den Sektor der sauberen Energie führen werden. Mehr als drei Viertel der Befragten (77 %) gaben an, dass sie ihre Gewohnheiten in den letzten fünf Jahren erheblich geändert haben, um zu Hause weniger Energie zu verbrauchen. Auf die Frage, was die EU-Energiepolitik für sie bedeutet, legten die Bürgerinnen und Bürger in ihren Antworten einen besonderen Schwerpunkt auf die Erschwinglichkeit von Energie.

[Europeans are taking action to save energy \(europa.eu\)](https://ec.europa.eu/eurobarometer/surveys/trend/7747/europeans-are-taking-action-to-save-energy)

## Digital

### **Kommission; erstmalige Anwendung eines sog. Spezifikationsverfahrens**

Die Kommission hat am 19.09.2024 erstmals im Rahmen des Gesetzes über digitale Märkte (DMA) die Anwendung eines sog. „Spezifikationsverfahrens“ in zwei Fällen gegenüber dem Unternehmen Apple beschlossen, um durch einen konstruktiven Dialog das Unternehmen zur Einhaltung seiner Interoperabilitätsverpflichtungen aus dem DMA anzuhalten. Apple zählt unter dem DMA zu den sog. „Gatekeepern“, die besondere Anforderungen zu erfüllen haben – z.B. die Verpflichtung zur Interoperabilität nach Artikel 6 Absatz 7 DMA. Demnach muss Apple grundsätzlich Drittentwicklern und Unternehmen freie und wirksame Interoperabilität mit Hardware- und Softwarefunktionen bieten, die von den Apple-Betriebssystemen iOS und iPadOS gesteuert werden. Das erste Verfahren bezieht sich auf verschiedene Konnektivitätsmerkmale und -funktionen von iOS, das zweite Verfahren auf den Prozess innerhalb des Unternehmens, über den Interoperabilitätsanfragen von Entwicklern und Dritten für iOS und iPadOS bearbeitet werden. Mit dem Spezifikationsverfahren wird der Dialog zwischen der Kommission und Apple über die Einhaltung der Interoperabilitätsverpflichtung des DMA formalisiert.

[https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/news/commission-starts-first-proceedings-specify-apples-interoperability-obligations-under-digital?pk\\_source=ec\\_newsroom&pk\\_medium=email&pk\\_campaign=Shaping%20EU%20Digital%20Future](https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/news/commission-starts-first-proceedings-specify-apples-interoperability-obligations-under-digital?pk_source=ec_newsroom&pk_medium=email&pk_campaign=Shaping%20EU%20Digital%20Future)

## Forschung

### **Kommission; Kooperation mit dem westlichen Balkan**

Am 30.09.2024 und am 01.01.2024 kamen Partnerländer des westlichen Balkans mit Vertretern der EU und deren Delegation unter Iliana Ivanova, Kommissarin für Innovation, Forschung, Kultur, Bildung und Jugend, zusammen. Die Delegationen erörterten die Rolle des Europäischen Forschungsraums und der Europäischen Innovationsagenda, auf die alle Partner im Westbalkan uneingeschränkt zugreifen können, um Talente zu fördern, anzuziehen und zu binden, indem die für Innovation

erforderlichen Kompetenzen ausgebaut werden. Die Partner im Westbalkan haben daher die Mittel für Forschung und Innovation aufgestockt, v.a. für Forschungsinfrastrukturen, Wissenschafts- und Technologieparks und die Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Unternehmen. 400 Projekte in der Region werden laut Kommission im Rahmen des Programms Horizont Europa mit rund 140 Mio. EUR gefördert.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip\\_24\\_4983](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_24_4983)

### **Kommission; Forschungsausschreibungen; Gesundheit; Horizont Europa;**

Am 30.09.2024 hat die öffentlich-private Partnerschaft Innovative Health Initiative (IHI), die Gesundheitsinnovationen fördert, Informationen zur neuen geplanten Ausschreibung bekannt gegeben. IHI wird im Rahmen des EU-Forschungsrahmenprogramm Horizont Europa kofinanziert. Anfang 2025 wird der Fördercall veröffentlicht, auf den sich Antragstellende bereits jetzt vorbereiten können. Die Vorschläge müssen mit dem Ansatz des IHI übereinstimmen.

<https://www.ih.europa.eu/news-events/newsroom/ih-pilot-novel-applicant-driven-approach-next-call-proposals>

## Finanzdienstleistungen

### **EP; Anhörung von Piero Cipollone (EZB) zum digitalen Euro**

Am 23.09.2024 fand im ECON-Ausschuss des EP eine Anhörung von Piero Cipollone statt, dem für das Projekt digitaler Euro zuständigen EZB-Direktoriumsmitglied. Cipollone hob v.a. die Vorteile des digitalen Euro für Verbraucher, Händler und Banken sowie dessen Beitrag zur strategischen Unabhängigkeit Europas hervor. Zum aktuellen Planungsstand verwies er darauf, dass die laufende Vorbereitungsphase noch ca. ein Jahr dauern werde. Man konzentriere sich gegenwärtig auf die Auswahl möglicher Anbieter, die Entwicklung einer Methodik zur Bestimmung von Haltelimits und die Fertigstellung des einheitlichen Regelwerks. Bis Ende 2025 wolle der EZB-Rat entscheiden, ob er zur nächsten Projektphase übergeht – jedoch setze die Entscheidung den Erlass eines entsprechenden Rechtsaktes durch die EU-Gesetzgeber voraus.

[https://multimedia.europarl.europa.eu/de/webstreaming/committee-on-economic-and-monetary-affairs\\_20240923-1500-COMMITTEE-ECON](https://multimedia.europarl.europa.eu/de/webstreaming/committee-on-economic-and-monetary-affairs_20240923-1500-COMMITTEE-ECON)

### **EP; Anhörung von Dominique Laboureix zum CMDI-Paket**

Der ECON-Ausschuss des EP führte am 23.09.2024 eine Anhörung des ersten Vorsitzenden des Einheitlichen Abwicklungsausschuss, single resolution Board (SRB), Dominique Laboureix, durch. Thema der Anhörung war die Überarbeitung des Rahmens für das Krisenmanagement und die Einlagensicherung, crisis management and deposit insurance (CMDI). Laboureix sagte, dass die Banken ein gutes Niveau ihrer Abwicklungsfähigkeit erreicht haben, weitere Verbesserungen seien aber nötig. Das EP habe in der vergangenen Legislatur mit seinem Standpunkt in der ersten Lesung den praktischen Mehrwert der CMDI-Reform erkannt, v.a. wenn es darum gehe, die Abwicklung auf kleinere Institute auszuweiten, deren Ausfall die Finanzstabilität auf regionaler Ebene gefährden würde. Jedoch wünsche sich Laboureix gegenüber den aktuellen Texten mehr Flexibilität, da sonst die Ziele der Reform gefährdet seien. Auch verwies er auf die Notwendigkeit, die noch fehlende dritte Säule der Bankenunion – die gemeinsame Einlagensicherung – zu vollenden.

[https://multimedia.europarl.europa.eu/de/webstreaming/committee-on-economic-and-monetary-affairs\\_20240923-1500-COMMITTEE-ECON](https://multimedia.europarl.europa.eu/de/webstreaming/committee-on-economic-and-monetary-affairs_20240923-1500-COMMITTEE-ECON)

### **Kommission; Aufforderung zur Umsetzung der CSRD-Richtlinie**

Am 26.09.2024 forderte die Kommission 17 Mitgliedstaaten – darunter DEU – zur Umsetzung der Richtlinie über die Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen, corporate sustainability reporting directive (CSRD-Richtlinie), auf. Die Frist für die Mitteilung der vollständigen Umsetzung lief am 06.07.2024 ab. Die CSRD-Richtlinie führt neue Vorschriften für die Nachhaltigkeitsberichterstattung ein, die eine bessere und transparentere Entscheidungsgrundlage bieten sollen. Die fraglichen Mitgliedstaaten haben nun zwei Monate Zeit, um die Umsetzung abzuschließen. Andernfalls kann die Kommission eine mit Gründen versehene Stellungnahme übermitteln.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/inf\\_24\\_4661](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/inf_24_4661)

### **EP; Geldpolitischer Dialog mit Christine Lagarde (EZB)**

Am 30.09.2024 fand im ECON-Ausschuss des EP ein geldpolitischer Dialog mit EZB-Präsidentin Christine Lagarde statt. Thematische Schwerpunkte waren die Geldpolitik der EZB sowie das Projekt Kapitalmarktunion. Lagarde hob hervor, dass die Inflation in EU und Eurozone dank der sinkenden Energiepreise rückläufig sei. Die EZB werde dies in der geldpolitischen Sitzung im Oktober berücksichtigen, könne aber keine Versprechungen zum künftigen Zinskurs machen. Weiterhin betonte Lagarde die Bedeutung tiefer, integrierter Finanzmärkte zur Finanzierung aktueller Herausforderungen wie z.B. dem grünen und digitalen Wandel. Aktuell mangle es Unternehmen in der EU v.a. an Eigenkapitalfinanzierung, weshalb sie ihr Glück oftmals in den USA versuchten. Die EU müsse daher darauf hinwirken, mehr Bürgerinnen und Bürger zum Investieren auf den Kapitalmärkten zu bewegen und ein einheitliches Aufsichts-ökosystem zu schaffen. Die EZB hatte zuletzt im September 2024 den Zinssatz für die Einlagefazilität um 25 Basispunkte gesenkt.

[https://multimedia.europarl.europa.eu/de/webstreaming/econ-committee-meeting\\_20240930-1500-COMMITTEE-ECON](https://multimedia.europarl.europa.eu/de/webstreaming/econ-committee-meeting_20240930-1500-COMMITTEE-ECON)

### **EIOPA; Konsultationen zu technischen Standards nach der Solvency II-Review**

Am 01.10.2024 veröffentlichte die Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung EIOPA fünf Konsultationen zu Änderungen, die im Rahmen der Überarbeitung von Solvency II am Regulierungsrahmen voraussichtlich vorgenommen werden. Thematisch reichen die Konsultationen von der grenzüberschreitenden Aufsicht über das Liquiditätsmanagement von Versicherern bis hin zu den Kriterien für die Ermittlung außergewöhnlicher sektorenweiter Schocks. Stakeholder sind aufgerufen, sich noch bis zum 02.01.2025 zu beteiligen.

[https://www.eiopa.europa.eu/eiopa-opens-first-batch-consultations-technical-standards-after-solvency-ii-review-2024-10-01\\_en](https://www.eiopa.europa.eu/eiopa-opens-first-batch-consultations-technical-standards-after-solvency-ii-review-2024-10-01_en)

## **F i n a n z e n**

### **EuGH; Anwaltliches Berufsgeheimnis**

Am 26.09.2024 entschied der EuGH in der Rechtssache C-432/23, dass das streitige Auskunftersuchen das anwaltliche Berufsgeheimnis verletzte und daher nicht gerechtfertigt war. Der EuGH betont, dass Rechtsberatung durch Artikel 7 der EU-Grundrechtecharta geschützt ist. Innerstaatliche Gesetze, die Steuerberatung vom Anwaltsgeheimnis ausschließen, verletzen laut EuGH das Grundrecht auf vertrauliche Kommunikation zwischen Anwalt und Mandanten. Im zugrundeliegenden Fall hatten die LUX Steuerbehörden eine Anwaltskanzlei aufgefordert, sämtliche Unterlagen zur

gesellschaftsrechtlichen Beratung eines ESP Unternehmens bereitzustellen, nachdem die dortigen Steuerbehörden eine entsprechende Anfrage gestellt hatten.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?mode=DOC&pageIndex=0&docId=290418&part=1&doclang=FR&text=&dir=&occ=first&cid=2936902>

## S o z i a l e s

### **Kommission; 35.500 Kostenlose Travel-Pässe zu gewinnen**

Am 02.10.2024 hat die Kommission den Wettbewerb DiscoverEU eröffnet. Mit ihm können 35.500 Jugendliche Travel-Pässe gewinnen, um die europäische Vielfalt und Kultur zu entdecken. Darüber hinaus erhalten die Teilnehmenden eine Rabattkarte für über 40.000 Angebote für öffentliche Verkehrsmittel, Kultur, Unterkunft, Essen, Sport und andere Dienstleistungen. Finanziert wird das Programm aus Mitteln aus Erasmus+. Teilnehmen können Jugendliche, die zwischen dem 01.01. und dem 31.12. 2006 geboren wurden. Die Bewerbungsfrist läuft bis zum 16.10.2024

[https://youth.europa.eu/discovereu\\_en](https://youth.europa.eu/discovereu_en)

### **Kommission; Vertragsverletzungsverfahren gegen ITL eingeleitet**

Die Kommission hat am 03.10.2024 ein Vertragsverletzungsverfahren (INFR(2014)4231) gegen ITL eingeleitet. Die Kommission verklagt ITL, aufgrund fehlender Maßnahmen gegen die missbräuchliche Verwendung befristeter Arbeitsverträge und diskriminierende Beschäftigungsbedingungen in Schulen. So erhalten befristete Beschäftigte Lehrerinnen und Lehrer beispielsweise keine höheren Gehaltsstufen aufgrund erworbener Berufserfahrung. Dies ist einer der Aspekte, weshalb die Kommission hier einen Verstoß gegen die EGB-UNICE-CEEP-Rahmenvereinbarung über befristete Arbeitsverträge sieht.

[https://ec.europa.eu/atwork/applying-eu-law/infringements-proceedings/infringement-decisions/?lang\\_code=en&langCode=DE&version=v1&typeOfSearch=byDecision&page=1&size=10&order=desc&sortColumns=decisionDate&memberState=IT&dg=EMPL&refId=INFR\(2014\)4231](https://ec.europa.eu/atwork/applying-eu-law/infringements-proceedings/infringement-decisions/?lang_code=en&langCode=DE&version=v1&typeOfSearch=byDecision&page=1&size=10&order=desc&sortColumns=decisionDate&memberState=IT&dg=EMPL&refId=INFR(2014)4231)

## G e s u n d h e i t u n d V e r b r a u c h e r s c h u t z

### **Kommission; internationale Erklärung der Vereinten Nationen wird begrüßt**

Die Kommission begrüßte am 26.09.2024 die erzielte Politische Erklärung zur Verstärkung der Maßnahmen gegen antimikrobielle Resistenzen (AMR) durch die Vereinten Nationen. Hierin verpflichten sich die Mitgliedstaaten zu konkreten Maßnahmen zur Bekämpfung antimikrobieller Resistenzen in allen Bereichen im Rahmen eines Konzepts „Eine Gesundheit“, dem die Einsicht zugrunde liegt, dass die Gesundheit von Mensch, Tier und Umwelt untrennbar miteinander verbunden ist. Aus Sicht der Kommission stellt dies ein starkes Signal zur Bekämpfung von AMR dar, die im Jahr 2021 weltweit für fast 1,2 Mio. Todesfälle unmittelbar verantwortlich waren und im selben Jahr mit weiteren 4,7 Mio. Todesfällen in Zusammenhang standen.

[https://www.eeas.europa.eu/delegations/un-new-york/eu-statement-%E2%80%93-un-general-assembly-high-level-meeting-antimicrobial-resistance\\_en](https://www.eeas.europa.eu/delegations/un-new-york/eu-statement-%E2%80%93-un-general-assembly-high-level-meeting-antimicrobial-resistance_en)

### **Kommission; Startet Kampagne „Beat the Bug“**

Am 27.09.2024 hat die Kommission die Gesundheitskampagne „Beat the Bug“ (in etwa: besiege den Virus) gestartet. Mit der Kampagne strebt sie an, den Kampf gegen

antimikrobielle Resistenzen (AMR) voranzutreiben. Neben Informationen bietet die Kampagne auch Informationen und Materialien („Social Media Kit“) z.B. für Eltern und die Lehrerschaft an.

[https://health.ec.europa.eu/home-antimicrobial-resistance-campaign/parents-and-teachers-antimicrobial-resistance-campaign\\_en](https://health.ec.europa.eu/home-antimicrobial-resistance-campaign/parents-and-teachers-antimicrobial-resistance-campaign_en)

## U m w e l t

### **Rat; Schutzstatus Wolf: Änderung des internationalen Schutzstatus**

Am 26.09.2024 hat der Rat formell einen Vorschlag zur Änderung des internationalen Schutzstatus des Wolfes in der EU verabschiedet. Dieser Status soll von der Kategorie „streng geschützt“ in „geschützt“ geändert werden. Dieser Beschluss muss nun im Namen der EU den Gremien der internationalen Berner Konvention vorgelegt werden, deren Ziel die Erhaltung und der Schutz wildlebender Tier- und Pflanzenarten und ihrer natürlichen Lebensräume ist und deren nächster ständiger Ausschuss Anfang Dezember zu seiner jährlichen Sitzung zusammentreten wird. Der Rat stellt in seinem Beschluss fest, dass sich der Erhaltungszustand des Wolfes „in den letzten Jahrzehnten positiv entwickelt“ habe. Die geschätzte Population des Wolfes habe sich innerhalb von 10 Jahren verdoppelt und sei von 11.193 im Jahr 2012 auf 20.300 im Jahr 2023 angestiegen. Diese Entwicklung führe zu Problemen bei der Koexistenz mit Nutztieren, da nach Angaben der Mitgliedstaaten jedes Jahr 65.000 Tiere in der EU von Wölfen getötet werden. Durch die Aufnahme der Art in Anhang III der Berner Konvention würde die EU den Mitgliedstaaten einen größeren Spielraum beim Schutz ihrer Nutztiere vor Wölfen einräumen und gleichzeitig den Schutz der Wölfe gewährleisten. Sollte der Vorschlag im Rahmen der Berner Konvention im Dezember ratifiziert werden, wäre die EU befugt, die entsprechenden Anhänge der Habitat-Richtlinie zu ändern, mit der die Berner Konvention in der EU umgesetzt wird.

<https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2024/09/26/bern-convention-eu-will-propose-changing-the-conservation-status-of-wolves/>

### **Kommission; Verschiebung des Inkrafttretens der EU-Entwaldungsverordnung**

Die Kommission hat sich nach langen Beratungen und Aufforderungen aus der Branche und seitens verschiedener Mitgliedstaaten dazu entschlossen, ein Inkrafttreten der Entwaldungsverordnung auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben. Zugleich hat die Kommission zusätzliche Leitlinien vorgelegt, um Stakeholdern, Mitgliedstaaten und Drittländern bei ihren Vorbereitungen auf die Umsetzung zu unterstützen. Sollte dieser Vorschlag vom EP und vom Rat gebilligt werden, würde die Verordnung erst am 30.12.2025 für Großunternehmen und am 30.06.2026 für Kleinst- und Kleinunternehmen gelten. Da alle Umsetzungsinstrumente technisch bereit seien, könnten die zusätzlichen 12 Monate laut Kommission als Übergangszeit dienen, „um eine ordnungsgemäße und wirksame Umsetzung zu gewährleisten“. Die vorgestellten Leitlinien sollen Unternehmen und Durchsetzungsbehörden zusätzliche Klarheit verschaffen, um die Anwendung der Vorschriften zu erleichtern. Die Kommission erklärte, sie erkenne an, dass drei Monate vor dem aktuell geplanten Umsetzungstermin mehrere globale Partner wiederholt „Bedenken hinsichtlich ihres Stands der Vorbereitung“ geäußert haben, zuletzt während der Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York. Darüber hinaus sei auch der Stand der Vorbereitungen unter den Stakeholdern in Europa uneinheitlich. Die Methode, nach der die Kommission die jeweiligen Länder als Länder mit geringem, normalem oder hohem Entwaldungsrisiko einstufen wird, wurde in dem Zuge ebenfalls veröffentlicht. Zu den behandelten Schlüsselbereichen in den Leitlinien gehören

Einzelheiten zu den Funktionen des Informationssystems, Aktualisierungen zu Sanktionen und Klarstellungen zu kritischen Definitionen wie „Waldschädigung“, „Betreiber“ im Anwendungsbereich des Gesetzes und „Inverkehrbringen“. Darüber hinaus liegen nun weitere Leitlinien zu den Verpflichtungen zum Thema Rückverfolgbarkeit vor.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_24\\_5009](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_24_5009)

### **Konsultation; Tierschutz: Tierversuche**

Am 20.09.2024 hat die Kommission eine öffentliche Konsultation über einen Fahrplan („Roadmap“) zur schrittweisen Einstellung von Tierversuchen im Rahmen von Stoffsisicherheitsbeurteilungen gestartet. In dem Fahrplan schlägt die Kommission Etappenziele und spezifische Maßnahmen vor, um letztlich die Einstellung dieser Tierversuche in diesem Bereich zu erreichen. Diesen Schritt hatte die Kommission in ihrer Reaktion auf die Europäische Bürgerinitiative „Für kosmetische Mittel ohne Tierquälerei und ein Europa ohne Tierversuche“ angekündigt. Rückmeldungen sind noch bis zum 15.10.2024 möglich.

[https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14281-Tierversuche-in-Stoffsisicherheitsbeurteilungen-Fahrplan-der-Kommission-fur-die-schrittweise-Einstellung\\_de](https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14281-Tierversuche-in-Stoffsisicherheitsbeurteilungen-Fahrplan-der-Kommission-fur-die-schrittweise-Einstellung_de)

## L a n d w i r t s c h a f t

### **Rat; Landwirtschaft; Strategiepläne**

Am 23./24.09.2024 kamen die Landwirtschaftsministerinnen und -minister zu einer Ratstagung unter ungarischem Vorsitz zusammen und diskutierten unter anderem die aktuellen und anstehenden Herausforderungen bei der Umsetzung der GAP-Strategiepläne. Die Mitgliedstaaten forderten im Hinblick auf die nächste GAP-Periode ab 2027 Vereinfachungen bei der Umsetzung sowie mehr Flexibilität bei der Änderung von Strategieplänen. Aber auch in Hinblick auf die laufende Periode unterstützte eine große Mehrheit von 21 Mitgliedstaaten ein Positionspapier LET, das auf Schwierigkeiten mit der Anwendung des „new delivery models“ der GAP hinwies. So wurde bemängelt, dass die Leistungsfreigabe ein komplexer und schwieriger Prozess sei, der auf einer theoretischen mathematischen Berechnung beruhe, von der in der Realität fast immer abgewichen werde. Diesbezüglich fordern die Mitgliedstaaten Vereinfachungen im Prozess. Darüber hinaus informierte die Kommission den Rat über die Lage der Agrarmärkte.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/agrifish/2024/09/23/>

### **Rat; Landwirtschaft: Verschiebung des elektronischen Registers für Pestizide**

Auf der Tagung des Rats für Landwirtschaft am 23. und 24.09.2024 tauschten sich die Mitgliedstaaten auch über das vorgesehene elektronische Register für Pestizide aus. 15 Delegationen forderten die Kommission dazu auf, das Inkrafttreten der neuen Verordnung über das System zur Erfassung von Eingangsdaten um zwei Jahre zu verschieben. Das Gesetz sieht die Einführung eines elektronischen Registers für den Einsatz von Pestiziden vor, das von allen Landwirten ab 2026 auszufüllen ist, wobei der erste Bericht 2028 fällig wäre. Im Rat sprach sich nur DNK gegen die Verschiebung des Inkrafttretens des Textes aus. Der Aufschub der elektronischen Datenerfassung würde aber „die Fähigkeit der Mitgliedstaaten gefährden, ihren Verpflichtungen nachzukommen“, so die Kommission.

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/HTML/?uri=CELEX:32023R0564>

## **Rechnungshof; Agrarpolitik: Analyse der ökologischen Komponente der GAP**

Am 30.09.2024 hat der Rechnungshof der EU einen Bericht zur Umsetzung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) für den Zeitraum 2023-2027 und den Strategieplänen der GAP vorgelegt. Die Strategiepläne stehen laut dem Bericht nicht im Einklang mit den Zielen des Green Deal der EU. Die Verordnungen verpflichten die Mitgliedstaaten nicht, in ihren Agrarplänen eine Schätzung des Beitrags der GAP zur Erreichung der „Green Deal“-Ziele vorzunehmen, bedauert der Rechnungshof, der die Strategiepläne von vier Ländern (IRL, ESP, FRA und POL) analysiert hat. Infolge der Lockerung bestimmter Cross-Compliance-Anforderungen (z.B. bezüglich der Fruchtfolge) als Reaktion auf die Proteste der Landwirte könnten die ökologischen Auswirkungen der Strategiepläne noch geringer ausfallen. Der Rechnungshof hat bewertet, ob die GAP-Strategiepläne 2023–2027 eine solide Grundlage für die Erreichung des politischen Ziels einer grüneren GAP darstellen. Der Bericht des Rechnungshofs soll als Ressource für künftige Änderungen der Pläne oder die Überarbeitung der GAP-Verordnungen dienen, damit das Klima und die Umwelt besser geschützt werden können. Insgesamt kommt er zu dem Schluss, dass die Pläne für 2023–2027 „grüner“ sind als im vorangegangenen GAP-Zeitraum, jedoch nicht den Ambitionen der EU in den Bereichen Klima und Umwelt entsprechen und dass Schlüsselemente zur Bewertung der Umwelleistung fehlen. Die Ziele des Green Deal seien nicht in die GAP-Gesetzgebung integriert worden. Zudem zeigt die Analyse des Rechnungshofes, dass die Erreichung der Ziele des Grünen Deals weitgehend von Maßnahmen abhängt, die außerhalb der GAP geplant sind. Ferner enthalten die Pläne zwar einige wichtige landwirtschaftliche Verfahren, die auf die Bewältigung langfristiger Klima- und Umweltherausforderungen abzielen, aber einige andere wichtige Verfahren wurden in den geprüften Plänen nicht ausreichend berücksichtigt.

<https://www.eca.europa.eu/en/publications/sr-2024-20>

## **J u s t i z**

### **Rat; Beratungen zur Rechtsstaatlichkeit**

Auf der Tagung der Ratsformation „Allgemeine Angelegenheiten“ am 24.09.2024 hielten die Ministerinnen und Minister im Rahmen des jährlichen Rechtsstaatlichkeitsdialogs unter Bezug auf den Jahresbericht 2024 der Kommission (vgl. BaB 15/2024) eine Aussprache über die allgemeinen Entwicklungen im Bereich der Rechtsstaatlichkeit in der EU. Es ging um vier Bereiche: das Justizsystem, den Rahmen für Korruptionsbekämpfung, Medienpluralismus und -freiheit sowie andere institutionelle Fragen im Zusammenhang mit Kontrollen und Gegenkontrollen. Die Ministerinnen und Minister begrüßten die insgesamt guten Fortschritte bei der Umsetzung der Empfehlungen der Kommission sowie die Einbeziehung von Bewerberländern in den diesjährigen Bericht. Sie bekräftigten ihre Unterstützung für den Dialog als nützliches Instrument für die Lenkung nationaler Reformen und erklärten, es sei wichtig, den Dialog fortzusetzen, wobei die Grundsätze der Objektivität, der Nichtdiskriminierung und der Gleichbehandlung aller Mitgliedstaaten uneingeschränkt geachtet werden müssten. Die Ministerinnen und Minister führten ferner einen Gedankenaustausch über die allgemeinen Entwicklungen im Bereich der Rechtsstaatlichkeit in Albanien, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien. An der Tagung nahmen Ministerinnen und Minister der betreffenden Länder teil. Als Grundvoraussetzung für die EU-Mitgliedschaft spielt die Rechtsstaatlichkeit im Erweiterungsprozess eine zentrale Rolle. Im Mittelpunkt der Aussprache standen ausschließlich allgemeine Entwicklungen im Bereich der Rechtsstaatlichkeit; es gab

keine förmlichen Schlussfolgerungen. Die Beratungen über die Rechtsstaatlichkeit in den einzelnen Bewerberländern werden im Rahmen des Erweiterungsprozesses fortgesetzt.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/gac/2024/09/24/>

[https://commission.europa.eu/publications/2024-rule-law-report-communication-and-country-chapters\\_de](https://commission.europa.eu/publications/2024-rule-law-report-communication-and-country-chapters_de)

### **EuGH/EuG; Übertragung von Zuständigkeiten für Vorabentscheidungen vom EuGH auf das Gericht der EU und Änderung der Verfahrensvorschriften**

Die Satzung des EuGH ist mit Wirkung vom 01.10.2024 geändert worden. Dabei wurden u.a. die Zuständigkeit für Vorabentscheidungsverfahren teilweise neu geordnet und die Verfahrensvorschriften des EuGH und des Gerichts der EU geändert. Die Reform zielt darauf ab, die Arbeitsbelastung des EuGH im Bereich der Vorabentscheidungen zu verringern und es ihm zu ermöglichen, seine Aufgabe, die Wahrung des Rechts bei der Anwendung und Auslegung der Verträge zu gewährleisten, weiterhin innerhalb angemessener Fristen zu erfüllen. Am 01.10.2024 ist dazu die Verordnung 2024/2019 zur Änderung des Protokolls Nr. 3 über die Satzung des Gerichtshofs der EU in Kraft getreten. Durch sie wird die Zuständigkeit für Vorabentscheidungen gemäß dem neu geschaffenen Art. 50b der Satzung teilweise vom EuGH auf das Gericht der EU übertragen, und zwar auf sechs besonderen, abgegrenzten Sachgebieten, die sich hinreichend von anderen Sachgebieten trennen lassen und zu denen es bereits eine umfangreiche Rechtsprechung des Gerichtshofs gibt: gemeinsames Mehrwertsteuersystem, Verbrauchsteuern, Zollkodex, zolltarifliche Einreihung von Waren in die Kombinierte Nomenklatur, Ausgleichs- und Unterstützungsleistungen für Flug- und Fahrgäste im Fall der Nichtbeförderung, Verspätung oder Annullierung von Transportleistungen und System für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten. Aus Gründen der Rechtssicherheit und Beschleunigung sind alle Vorabentscheidungsersuchen zwecks einer Vorprüfung weiterhin beim EuGH einzureichen, bevor sie auf das Gericht übergehen. Die Entscheidungen, die das Gericht in diesen Vorlagesachen erlassen wird, haben die gleiche Gültigkeit wie die Entscheidungen des EuGH. Allerdings besteht ausnahmsweise die Möglichkeit, Vorabentscheidungen des Gerichts auf Vorschlag des Ersten Generalanwalts zu überprüfen, wenn die ernste Gefahr besteht, dass die Einheit oder Kohärenz des Unionsrechts berührt wird. Die Änderung der Satzung sieht außerdem u.a. eine Ausweitung des Mechanismus der vorherigen Zulassung von Rechtsmitteln ab dem 01.09.2024 von bisher vier auf nunmehr zehn unabhängige Beschwerdekammern vor. Dieser Mechanismus betrifft Rechtsmittel in Rechtssachen, die bereits zweifach geprüft worden sind, zunächst durch eine unabhängige Beschwerdekammer einer Einrichtung oder sonstigen Stelle der EU und danach durch das Gericht der EU. Schließlich werden weitere Verfahrensvorschriften geändert, welche den Ablauf der mündlichen und schriftlichen Verfahren betreffen.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2024-10/cp240154de.pdf>

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2024-08/cp240125de.pdf>

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2024-08/cp240126de.pdf>

### **EuG; Urteile bekräftigen Verbot der Rechtsberatung der russischen Regierung und in Russland niedergelassener Organisationen**

Das Gericht der EU hat mit drei Urteilen vom 02.10.2024 in den Rechtssachen T-797/22 (Ordre néerlandais des avocats du barreau de Bruxelles u.a. / Rat), T-798/22 (Ordre des avocats à la cour de Paris und Couturier / Rat) und T-828/22 (ACE / Rat) drei Nichtigkeitsklagen abgewiesen. Es hat damit das in Anbetracht der russischen Aggression gegen die Ukraine 2022 vom Rat erlassene Verbot der Rechtsberatung

– vorbehaltlich bestimmter Ausnahmen und Befreiungen – für die russische Regierung und in Russland niedergelassene Organisationen bestätigt. Hiergegen hatten verschiedene Parteien geklagt und u.a. Verstöße gegen die Charta der Grundrechte der EU gerügt. Das in der Charta der Grundrechte anerkannte Recht auf einen effektiven gerichtlichen Rechtsschutz einschließlich anwaltlicher Beratung und Vertretung wird, so das Gericht, durch das Verbot nicht in Frage gestellt, da es nur für Rechtsberatung ohne Bezug zu einem Gerichtsverfahren gilt und Rechtsberatung für natürliche Personen nicht erfasst. Die grundlegende Aufgabe des Anwalts im Zusammenhang mit der Wahrung und dem Schutz der Rechtsstaatlichkeit kann – wie hier – Beschränkungen unterliegen, die durch dem Gemeinwohl dienende Ziele der EU gerechtfertigt sind, sofern sie nicht einen unverhältnismäßigen Eingriff darstellen, der die den Anwälten in einem Rechtsstaat übertragene Aufgabe in ihrem Wesensgehalt antastet.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?jsessionid=409795932F24F29A9B62E4EF3801229F?text=&docid=290608&pageIndex=0&doclang=EN&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=3814531>

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=290615&pageIndex=0&doclang=FR&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=3814553>

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=290616&pageIndex=0&doclang=FR&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=3814586>

I n n e r e s

### **Kommission; Konsultation zu den Vorgaben für die Konformitätsbewertungsstellen gemäß CRA**

Nach den Vorgaben des Cyber Resilience Acts (CRA) müssen die nationalen Behörden für die Cybersicherheitszertifizierung aller Mitgliedstaaten der Kommission mitteilen, welche Konformitätsbewertungsstellen für die Ausstellung europäischer Cybersicherheitszertifikate zuständig sind. Diese Stellen müssen hierfür akkreditiert und gegebenenfalls ermächtigt worden sein. Zum Entwurf einer Durchführungsverordnung, in dem die verschiedenen Zertifizierungssysteme, die Umstände, Formate und Verfahren für solche Notifizierungen festgelegt werden, hat die Kommission eine öffentliche Konsultation eröffnet. Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis zum 18.10.2024.

[https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14334-Europaisches-System-fur-die-Cybersicherheitszertifizierung-Anderung-der-Liste-der-Sachstandsdocuments\\_de](https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14334-Europaisches-System-fur-die-Cybersicherheitszertifizierung-Anderung-der-Liste-der-Sachstandsdocuments_de)

### **Europol; Bericht: KI und Polizeiarbeit – Die Vorteile und Herausforderungen für die Strafverfolgung**

Am 23.09.2024 veröffentlichte die Europäische Polizeibehörde (Europol) einen Bericht zum Potenzial von KI-Anwendungen in der Strafverfolgung. Danach verspricht die Nutzung von KI-Anwendungen enorme Effizienzsteigerung, etwa im Bereich der Auswertung großer Datenmengen. Auch könnten KI-Anwendungen Entscheidungsprozesse sowohl auf operativer, als auch auf strategischer Ebene rationalisieren. Der Bericht befasst sich auch mit den Auswirkungen der kürzlich verabschiedeten KI-Verordnung, die Vorschriften für den Einsatz von KI durch die Strafverfolgungsbehörden festlegt. So seien diese Vorschriften zwar eine Herausforderung, stellen aber auch ein regulatorisches Testfeld dar und förderten so Innovationen.

<https://www.europol.europa.eu/media-press/newsroom/news/how-ai-can-strengthen-law-enforcement-insights-europols-new-report>  
<https://www.europol.europa.eu/cms/sites/default/files/documents/AI-and-policing.pdf>

### **Rat; Einigung auf Katastrophenhilfe für fünf Mitgliedstaaten**

Wie der Rat am 23.09.2024 bekanntgab, hat er sich darauf geeinigt, den Solidaritätsfonds der EU in Anspruch zu nehmen, um ITL, SLO, AUT, GRI und FRA im Zusammenhang mit sechs Naturkatastrophen im Jahr 2023 finanzielle Hilfe zu gewähren. Insgesamt werden 1,028 Mrd. EUR einschließlich 231,78 Mio. EUR als Vorauszahlungen bereitgestellt. Die Hilfe wird aus dem EU-Haushalt 2024 finanziert.  
<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/09/23/council-agrees-to-1-02854-million-in-disaster-relief-aid-for-italy-slovenia-austria-greece-and-france/>  
<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-13186-2024-INIT/de/pdf>

### **EuRH; Rechnungsprüfer üben deutliche Kritik am EU-Migrationsfonds für Afrika**

Der Europäische Rechnungshof (EuRH) hat am 25.09.2024 einen Sonderbericht zum EU-Treuhandfond (EUTF) für Afrika veröffentlicht. Darin äußert er, der EuRH, Kritik an der bisherigen Mittelverwendung. Der mit 5 Mrd. EUR ausgestattete EUTF konzentrierte sich nicht ausreichend auf die Prioritäten, um die Ursachen von Instabilität, irregulärer Migration und Vertreibung auf dem afrikanischen Kontinent zu bekämpfen. Trotz der Forderung der Prüfer im Jahr 2018, die Unterstützung durch den EUTF zu fokussieren, werde die Sonderfinanzierung zur Bewältigung der Migration vor Ort weiterhin zu dünn gestreut, da sie ein zu breites Spektrum an Maßnahmen in den Bereichen Entwicklung, humanitäre Hilfe und Sicherheit finanziere. Darüber hinaus mangle es den gemeldeten Ergebnissen an Genauigkeit. Auch Menschenrechtsrisiken würden nicht angemessen berücksichtigt, so der Bericht.  
<https://www.eca.europa.eu/de/news/NEWS-SR-2024-17>  
[https://www.eca.europa.eu/ECAPublications/SR-2024-17/SR-2024-17\\_DE.pdf](https://www.eca.europa.eu/ECAPublications/SR-2024-17/SR-2024-17_DE.pdf)

### **EuGH; Urteil: Keine unbedingte Handlungspflicht der Datenschutzbehörde bei Datenschutzverstößen**

In der Rechtssache C-768/21 | Land Hessen hat der EuGH mit Urteil vom 26.09.2024 entschieden, dass ein Verstoß gegen die Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) nicht in jedem Fall eine Handlungspflicht der Datenschutzbehörde begründet. Die DSGVO verpflichte die Datenschutzbehörde, in geeigneter Weise zu reagieren, um festgestellten Unzulänglichkeiten abzuwehren und die umfassende Einhaltung der DSGVO zu gewährleisten. Hierbei müssten alle Maßnahmen geeignet, erforderlich und angemessen sein. Daraus folge auch, dass das Ergreifen einer Abhilfemaßnahme ausnahmsweise und unter Berücksichtigung der besonderen Umstände des konkreten Falles ausnahmsweise nicht geboten sein kann. Ein solcher Fall könne u.a. dann angenommen werden, wenn der für die Verarbeitung Verantwortliche die erforderlichen Maßnahmen ergriffen hat, damit die Verletzung abgestellt wird und sich nicht wiederholt. Dem Urteil liegt ein Verfahren vor dem VG Wiesbaden zugrunde. In diesem beantragte der Kläger, den hessischen Datenschutzbeauftragten zum Einschreiten gegen die Sparkasse zu verpflichten. Er macht u. a. geltend, dass der Datenschutzbeauftragte gegen die Sparkasse Bußgelder hätte verhängen müssen, da diese – was insoweit unstrittig war – seine personenbezogenen Daten unbefugt verwendet hatte.

[https://curia.europa.eu/juris/document/document\\_print.jsf?mode=DOC&pageIndex=0&docid=290402&part=1&doclang=DE&text=&dir=&occ=first&cid=1706813](https://curia.europa.eu/juris/document/document_print.jsf?mode=DOC&pageIndex=0&docid=290402&part=1&doclang=DE&text=&dir=&occ=first&cid=1706813)

### **Kommission; Bevölkerung wünscht sich laut EU-Umfrage mehr Informationen zur Notfallvorsorge**

Die Kommission hat am 30.09.2024 die Ergebnisse einer Meinungsumfrage veröffentlicht. Danach ist die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger der EU der Auffassung, dass sie mehr Informationen benötigen würden, um sich auf Katastrophen und Notfälle vorzubereiten. Darüber hinaus ergab die Umfrage, dass die Menschen sich vor allem Risiken aufgrund der Auswirkungen des Klimawandels, aber auch Sicherheits- und sozialen Risiken ausgesetzt sehen. In DEU wurden insbesondere politische oder geopolitische Spannungen als größte Bedrohung genannt. Laut der Umfrage verfügen außerdem fast vier von zehn Personen nicht über die Zeit oder die finanziellen Mittel, um sich auf Katastrophen und Notfälle vorzubereiten. Die EU-Bürgerinnen und -Bürger bestätigten zudem mehrheitlich, dass sie den Einsatzorganisationen zutrauen, Katastrophensituationen zu bewältigen, darüber zu informieren und Warnungen entsprechend zu verbreiten.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_24\\_4902](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_24_4902)

### **Kommission; Sondierung hinsichtlich einer Richtlinie zum unerlaubten Umgang mit Feuerwaffen**

Die Kommission hat am 01.10.2024 eine Sondierung hinsichtlich einer Richtlinie initiiert, mit der Mindestkriterien für die strafrechtliche Ahndung von Feuerwaffendelikten festgelegt werden sollen. Darunter würden die unerlaubte Herstellung, der unerlaubte Handel und der unerlaubte Besitz von Feuerwaffen sowie die Änderung von Kennzeichnungen von Feuerwaffen fallen. Mit der Richtlinie, die Feuerwaffen, wesentliche Komponenten und Munition umfassen würde, sollen Mindeststrafmaße in den Mitgliedstaaten festgelegt werden. Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis zum 24.12.2024.

[https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14314-Richtlinie-uber-den-unerlaubten-Handel-mit-Feuerwaffen\\_de](https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14314-Richtlinie-uber-den-unerlaubten-Handel-mit-Feuerwaffen_de)

### **Kommission; Aufforderungsschreiben gegen HUN wegen unzureichender Umsetzung des „Schleuser-Pakets“ der EU**

Wie die Kommission am 03.10.2024 bekanntgab, hat sie im Rahmen eines laufenden Vertragsverletzungsverfahrens beschlossen an HUN eine mit Gründen versehene Stellungnahme zu richten. Nach Ansicht der Kommission ist HUN seiner Pflicht gemäß der Richtlinie 2002/90/EG (Schleuser-RL), wirksame, angemessene und abschreckende Sanktionen für die Beihilfe zur unerlaubten Einreise und zum unerlaubten Aufenthalt in der EU zu verhängen, nicht nachgekommen. Auch sei HUN seiner Pflicht gemäß dem Rahmenbeschluss 2002/946/JI des Rates, der Vorschriften für die Bestrafung solcher Handlungen vorsieht, nicht nachgekommen. Die Kommission hatte im Juli 2023 mit der Übermittlung eines Aufforderungsschreibens ein Vertragsverletzungsverfahren gegen HUN eingeleitet.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/inf\\_24\\_4561](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/inf_24_4561)

Information, Kommunikation und Medien

### **EuGH; Schadensersatz wegen ehrverletzenden Zeitungsartikels**

Der EuGH hat mit Urteil vom 04.10.2024 in der Rechtssache C-633/22 entschieden, dass die Vollstreckung eines Urteils, mit dem ein Journalist und der Herausgeber einer Zeitung zu Schadensersatz verurteilt werden, abgelehnt werden muss, soweit sie die Pressefreiheit verletzen würde. Das ist der Fall, wenn der Schadensersatz offensichtlich unverhältnismäßig ist und die Presse davon abhalten könnte, über

Themen zu berichten, an denen ein legitimes allgemeines Interesse besteht. Ein Gericht in FRA hatte die Vollstreckung eines Urteils aus ESP gegen eine Zeitung und einen Journalisten unter Verweis auf die Ordre-public-Klausel abgelehnt: Die Verurteilung zu sehr hohen Strafzahlungen habe eine abschreckende Wirkung auf Journalisten und Presseorgane und verletze damit die Presse- und Meinungsäußerungsfreiheit. Streitgegenstand war ein Artikel über Verbindungen zwischen dem Fußballverein Real Madrid und Dr. Fuentes, dem Drahtzieher eines Dopingrings im Radsport.

<http://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?num=C-633/22>

## V e r a n s t a l t u n g e n

### **Innovationsmotor Biotechnologie: Erfolgsfaktoren für einen starken Standort**

Am 23.09.2024 stand der hessische Gesundheitsindustrie auf der prominenten Bühne in Brüssel. Gemeinsam mit der Initiative Gesundheitsindustrie Hessen hatte Manfred Pentz, der Hessische Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales und Entbürokratisierung, in die Landesvertretung geladen. Schon zu Beginn stellte Pentz klar, wohin der Weg für einen starken Standort führt: „Entbürokratisierung sichert globale Wettbewerbsfähigkeit der Gesundheitsindustrie“. Schließlich sei die Branche mit 16.000 Beschäftigten und einem Jahresumsatz von über 12 Mrd. EUR ein Aushängeschild des Landes mit einer führenden Position in DEU. Im Vergleich zu den USA verliere Europa jedoch an Wettbewerbsfähigkeit. Hier brauche es entscheidende Weichenstellungen für diese Premiumbranche in Sachen Innovation. Auch Impulsgeber Reiner Becker, Direktor für Medizinische Produkte und Innovation in der Kommission, hob hervor, dass das Thema vor dem Hintergrund des zuvor vorgestellten Draghi-Berichtes nicht von größerer Aktualität sein könne und Biotechnologie eine Zukunftstechnologie sei. Auf dem Podium beleuchteten Dr. Sylvia Wojczewski, CEO und Mitgründerin der BioSpring GmbH, Prof. Dr. Gert Bange, Vizepräsident Philipps-Universität Marburg, und Dr. Ricardo Gent, Geschäftsführer DEU Industrievereinigung Biotechnologie (DIB), die jüngsten Leuchtturmprojekte mit Blick auf Hessen und die besonderen Herausforderungen in Europa. Gemeinsam bekräftigten sie ihre Absicht, sich weiterhin für ein robustes Innovationsökosystem in der Gesundheitswirtschaft zu engagieren, aber hierfür auch die regulatorischen Rahmenbedingungen bedürften, damit Europa auch zukunftsfest werde und Patientinnen und Patienten weiterhin raschen Zugang zu den benötigten Behandlungen erhalten könnten.

### **Freie Fahrt für Ausbeutung? Zum Schutz der Arbeitnehmerrechte im europäischen Güterverkehr**

Am 25.09. 2024 standen in der Hessischen Landesvertretung – u.a. auf Einladung des Hessischen Ministers für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales und Entbürokratisierung Manfred Pentz – die Arbeitnehmerrechte als eine zentrale Frage des sozialen Europas im Fokus. In ihrem Grußwort betonte Heike Hofmann, Hessische Staatsministerin für Arbeit, Integration, Jugend und Soziales, dass ihr Einsatz der guten Arbeit gelte. Dies bedeute „sozial gerechte, sichere und gesunde Arbeitsbedingungen sind ein Grundrecht aller Beschäftigten in Europa“. Hierfür arbeite man in Hessen und in Zusammenarbeit mit dem Bund daran, Arbeitsausbeutung und Zwangsarbeit zu bekämpfen. Auf die europäische Ebene bezogen brauche es eine bessere Koordinierung und ein besseres Ineinandergreifen der jeweiligen Aktivitäten, um die Einhaltung der einschlägigen Gesetze zum Schutz der Beschäftigten – etwa das Mindestlohngesetz, Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz, Arbeitszeitgesetz,

Arbeitsschutzgesetz und Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz – durchzusetzen. Hierbei hob sie die besondere Rolle der Gewerkschaften und namentlich des DGBs hervor, der bei der Rechtsdurchsetzung in Gräfenhausen eine zentrale Rolle gespielt habe. Für den DGB Hessen-Thüringen brachte Michael Rudolph als dessen Vorsitzender das Dilemma auf den Punkt: „LKW-Fahrer halten den Binnenmarkt am Laufen. Aber wie gewährt Europa ihren Schutz?“ Diese Frage diskutierten nach dramatischen Schilderungen von Stefan Körzell, Geschäftsführender Bundesvorstand des DGB, Cosmin Boianiu, Direktor Europäische Arbeitsmarktbehörde ELA, gemeinsam mit MdEP Gaby Bischoff (S&D/DEU), Vizepräsidentin des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten, und Stefan Körzell. In der lebhaften und von Ilka Wölfle, Direktorin der Deutschen Sozialversicherung Europavertretung, moderierten Diskussion, wurde klar, dass es hier mehrere Ansätze brauche. Einigkeit bestand darin, dass das Mandat der ELA auch auf Drittstaatsangehörige erweitert werden müsse und man auch Instrumente brauche, um Transportunternehmen ihre europäische Lizenz zu entziehen, wenn sie Sozialstandards mehrfach und gar systematisch untergraben.

### **EURORAI-Konferenz und Abendveranstaltung**

Vom 30.09. bis zum 01.10.2024 war EURORAI – die Europäische Organisation der Regionalen Externen Institutionen zur Kontrolle des Öffentlichen Finanzwesens – zu Gast in der Hessischen Landesvertretung Brüssel. Im Rahmen einer Fachkonferenz am Vormittag des 01.10.2024 betonte der Präsident des Europäischen Rechnungshofs (EuRH) Tony Murphy die große Bedeutung der Rechnungshöfe gerade in Zeiten knapper Kassen. Im Anschluss stellten Vertreter von vier EURORAI-Mitgliedsinstituten die regionalen Besonderheiten ihrer Arbeit vor. Am Abend fand auf Einladung des Hessische Ministers für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales und Entbürokratisierung Manfred Pentz und des EURORAI-Präsidenten Joan Carlos Rosselló Villalonga eine Veranstaltung zum Thema „Handlungsspielräume sichern – Schulden begrenzen“ statt. Nachdem Rosselló Villalonga die Arbeit EURORAI vorgestellt hatte, lieferte Prof. Dr. Luise Hölscher, Staatssekretärin im Bundesfinanzministerium, per Video einen Impuls zur aktuellen Lage des Bundeshaushalts. In der anschließenden, von Dr. Eva Charlotte Proll moderierten, Podiumsdiskussion diskutierte Rosselló Villalonga gemeinsam mit Alejandro Ballester Gallardo, Direktor der Kammer V (Finanzierung und Verwaltung der Union) des EuRH, und MdEP Monika Hohlmeier (EVP/DEU), stellvertretende Vorsitzende des Haushaltsausschusses und Mitglied des Haushaltskontrollausschusses, über die Entbürokratisierung von Antragsprozessen und die Notwendigkeit, den Schuldenstand der öffentlichen Haushalte zu reduzieren.

### **Clean Industrial Deal – Chancen und Herausforderungen für Europas Regionen und Beschäftigte**

Am 02.10.2024 fand auf Einladung des Hessischen Ministers für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales und Entbürokratisierung Manfred Pentz und des Hessischen Ministers für Wirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnen und ländlichen Raum Kaweh Mansoori gemeinsam mit den Vorsitzenden der IG Metall Christiane Benner und Jürgen Kerner eine Veranstaltung zum Thema „Clean Industrial Deal – Chancen und Herausforderungen für Europas Regionen und Beschäftigte“ in der Vertretung des Landes Hessen bei der EU statt. Minister Kaweh Mansoori begrüßte die rund 150 Gäste und führte als Impulsgeber in das Thema ein. In der daran anschließenden Paneldiskussion setzten sich der Hessische Wirtschaftsminister und die Vorsitzenden der IG Metall unter Moderation von Aline Hoffmann vom European Trade Union Institute mit dem übergeordneten Thema des Abends auseinander. Mansoori betonte die Wichtigkeit einer europäischen Industriepolitik zur Erreichung

eines ökologisch verantwortbaren Wohlstands. Eine wirksame Umsetzung sei jedoch nur durch eine aktive Einbindung der Beschäftigten und der Unternehmen sowie durch eine gute Portion Pragmatismus möglich. Benner und Kerner bekräftigten, dass Klimaschutz und Industriearbeit keinen Widerspruch darstellten. Aus ihrer Sicht ist insbesondere die Mitbestimmung ein wichtiger Faktor der Stabilität für Wirtschaft und Demokratie in Europa. Allerdings sei es elementar, dass diese Themen integrierter gedacht und mehr investiert wird, um die Arbeitsplätze von morgen zu sichern und die große Vielzahl an europäischen Wertschöpfungsketten zu schützen. In seiner Kritik, dass es im neuen Kollegium der Kommissare keinen Kommissar für Arbeit und Soziales mehr gibt, war sich das Podium einig.

## V o r s c h a u

Auf folgende Tagesordnungspunkte von Sitzungen der nächsten zwei Wochen wird insbesondere hingewiesen:

### **Europäischer Rat**

17./18.10.2024                      Ukraine, Naher Osten, Wettbewerbsfähigkeit, Migration

### **Rat**

07.10.2024                      Eurogruppe: Digitaler Euro und Wettbewerbsfähigkeit der Eurozone

08.10.2024                      Wirtschafts- und Finanzen: Aufbau- und Resilienzfähigkeit, Ukraine, G20, Europäisches Semester

09./10.10.2024                      Informell Beschäftigung, Soziales, Gesundheitsrat

10./11.10.2024                      Justiz und Inneres: Bekämpfung Kindesmissbrauch, Schengen, IT Systeme zur Verbrechensbekämpfung, Asyl und Migration, Innere Sicherheit

14.10.2024                      Umwelt: COP Vorbereitung, Biodiversität, Chemikalienstrategie

Auswärtige Angelegenheiten: Ukraine, Naher Osten

15.10.2024                      Energie: Wettbewerbsfähigkeit, Energieunion, REPower EU  
Allgemeine Angelegenheiten: ER Vorbereitung, Europäisches Semester, Kampf gegen Antisemitismus, EU-Schweiz Beziehungen

## **Europäische Kommission**

08.10.2024	Digitalisierung von Reisedokumenten
16.10.2024	Erweiterungspaket

## **Europäisches Parlament**

### **Plenarsitzung in Straßburg 07.-10.10.2024**

Ein Jahr nach den Terroranschlägen der Hamas vom 7. Oktober - Erklärung der Kommission

Die Wiedereinführung von Kontrollen an den Binnengrenzen in einer Reihe von Mitgliedstaaten und ihre Auswirkungen auf den Schengen-Raum - Erklärung der Kommission

Erforderliche Bekämpfung des systemimmanenten Problems der geschlechtsspezifischen Gewalt in Europa - Erklärung der Kommission

Bekämpfung von gezielten Falschmeldungen, Populismus und Desinformation in der EU – die Bedeutung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, des Medienpluralismus und des unabhängigen Journalismus - Erklärung der Kommission

Die verheerenden Waldbrände in Südeuropa, insbesondere in Portugal und Griechenland, und das Erfordernis weiterer Maßnahmen der EU zum Klimaschutz und zur Anpassung an den Klimawandel - Erklärung der Kommission

Vorbereitung des Europäischen Rates am 17./18. Oktober 2024 - Erklärungen des Rates und der Kommission

Eskalation der Gewalt im Nahen Osten und die Lage im Libanon - Erklärung des Vizepräsidenten der Kommission und Hohen Vertreters der Union für Außen- und Sicherheitspolitik

Die Krise der Automobilindustrie der EU, mögliche Werksschließungen und die Notwendigkeit, die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern und Arbeitsplätze in Europa zu erhalten - Erklärung der Kommission

Fragestunde mit Anfragen an die Kommission – Tiergesundheitslage in Europa: Prävention und Vorsorge für künftige Gesundheitskrisen in der Landwirtschaft.

Stärkung der Widerstandsfähigkeit der Republik Moldau gegen die Einflussnahme Russlands im Vorfeld der anstehenden Präsidentschaftswahl - Erklärung des Vizepräsidenten der Kommission und Hohen Vertreters der Union für Außen- und Sicherheitspolitik

Abbau der Demokratie und Bedrohung des politischen Pluralismus in Georgien - Erklärung des Vizepräsidenten der Kommission und Hohen Vertreters der Union für Außen- und Sicherheitspolitik

Ergebnisse des Zukunftsgipfels: Umgestaltung der globalen Ordnungspolitik zur Schaffung von Frieden, Förderung der Menschenrechte und Verwirklichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung - Erklärung des Vizepräsidenten der Kommission und Hohen Vertreters der Union für Außen- und Sicherheitspolitik

Die Lage im Sudan - Erklärung des Vizepräsidenten der Kommission und Hohen Vertreters der Union für Außen- und Sicherheitspolitik

Vorstellung des Tätigkeitsprogramms des ungarischen Ratsvorsitzes - Erklärungen des Rates und der Kommission  
Besteuerung der Superreichen zur Beendigung der Armut und Verringerung von Ungleichheiten: Unterstützung der EU für den Vorschlag des G20-Vorsitzes

Schaffung von nachhaltigem, menschenwürdigem und erschwinglichem Wohnraum in der EU – Förderung von Investitionen, Privateigentum und Programmen des sozialen Wohnungsbaus - Erklärung der Kommission

Stärkung der Sicherheit an den europäischen Außengrenzen: Erfordernis eines ganzheitlichen Vorgehens und einer verstärkten Unterstützung von Frontex - Erklärung der Kommission

Prävention von Drogenkriminalität, ihre Auswirkungen auf die Unionsbürger und das Erfordernis einer wirksamen europäischen Reaktion - Erklärung der Kommission

Jahresbericht 2024 über die Rechtsstaatlichkeit - Erklärung der Kommission

Dringend notwendige Überarbeitung der Verordnung über Medizinprodukte - Erklärung der Kommission

Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit

Der Fall Bülent Mumay in der Türkei

Der Fall der zu Unrecht inhaftierten Uiguren in China, insbesondere Ilham Tohti und Gulshan Abbas

Irak, insbesondere die Lage der Frauenrechte und der aktuelle Vorschlag zur Änderung des Personenstandsgesetzes

Schutz des EU-Haushalts und Sicherstellung, dass EU-Gelder nicht Einrichtungen oder Personen zugutekommen, die mit terroristischen oder islamistischen Bewegungen in Verbindung stehen – Erklärung der Kommission

Die Zunahme religiöser Intoleranz in Europa - Erklärung der Kommission

Welttag für psychische Gesundheit – Erfordernis einer umfassenden EU-Strategie für psychische Gesundheit - Erklärung der Kommission

Folgen der verheerenden Waldbrände im Amazonasgebiet und seine Bedeutung im Hinblick auf den Klimawandel - Erklärung der Kommission

## **Ausschuss der Regionen**

08./09.10.2024	<p>162. AdR-Plenarsitzung Halbzeitüberprüfung des Europäischen Aufbauplans für die Zeit nach der COVID-19-Krise (Aufbau- und Resilienzfähigkeit) Ein gerechter Übergang für alle Regionen der EU Förderung des Roots-Tourismus – Reisen in die Heimat der Vorfahren – für eine nachhaltige lokale Revitalisierung Schaffung eines gemeinsamen europäischen Mobilitätsdatenraums Europas Regionen gegen Schocks wappnen: Stärkung der lokalen und regionalen wirtschaftlichen Widerstandsfähigkeit bei der strategischen Entwicklung des Binnenmarkts Verstärkter Qualitätsrahmen für Praktika Demografischer Wandel in Europa: Ein Instrumentarium zur Bewältigung der Herausforderungen Ethisch vertretbare künstliche Intelligenz und Zugang zum Hochleistungsrechnen für Start up-Unternehmen Europäischer Windkraft-Aktionsplan Gemeinsamer Durchführungsplan für das Migrations- und Asylpaket: Die lokale und regionale Perspektive Empfehlungen für das nächste Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (RP10) Entschließung zur Lage der Regionen und Städte in der EU</p>
----------------	--

## **Europäischer Gerichtshof**

07.10.2024	Feierliche Sitzung des Gerichtshofs anlässlich seiner teilweisen Neubesetzung
15.10.2024	Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof (Große Kammer) in der Rechtssache C-271/23 Kommission / Ungarn (Neueinstufung von Cannabis) – Abstimmung in der UN-Suchtstoffkommission über die Neueinstufung von Cannabis
17.10.2024	Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-159/23 Sony Computer Entertainment Europe – Schutz von Computerprogrammen (DEU)
17.10.2024	Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-76/22 Santander Bank Polska – Vorzeitige Kreditrückzahlung – Ermäßigung der Gesamtkosten (POL)
17.10.2024	Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-461/23 Umweltforum Osnabrücker Land – Natura 2000-Gebiete – Umweltverträglichkeitsprüfung (DEU)

17.10.2024

Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der  
Rechtssache C-452/23 Fastned Deutschland und Tesla  
Germany – Schnelladeinfrastruktur auf bewirtschafteten  
Rastanlagen an Bundesautobahnen (DEU)

**Der nächste Bericht aus Brüssel erscheint am 18.10.2024.**

## Abkürzungsverzeichnis

<b>Europäisches Parlament</b>	
Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)	EVP
Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament	S&D
Fraktion Renew Europe	RENEW
Fraktion der Grünen /Freie Europäische Allianz	GRÜNE
Europäische Konservative und Reformisten	ECR
Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken /Nordische Grüne Linke	LINKE
Fraktion Identität und Demokratie	ID
Fraktionslos	FL
Patrioten für Europa	PfE
Europa der souveränen Nationen	ESN
<b>EU-Mitgliedstaaten</b>	
Belgien	BEL
Bulgarien	BUL
Dänemark	DNK
Deutschland	DEU
Estland	EST
Finnland	FIN
Frankreich	FRA
Griechenland	GRI
Irland	IRL
Italien	ITL
Kroatien	KRO
Lettland	LET
Litauen	LIT
Luxemburg	LUX
Malta	MTA
Niederlande	NDL
Österreich	AUT
Polen	POL
Portugal	PTL
Rumänien	ROM
Schweden	SWE
Slowakei	SLK
Slowenien	SLO
Spanien	ESP
Tschechische Republik	CZR
Ungarn	HUN
Zypern	CYP
<b>Länder außerhalb der EU</b>	

<b>Vereinigtes Königreich</b>	<b>GBR</b>
<b>Vereinigte Staaten von Amerika</b>	<b>USA</b>